

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. September 1989

am Donnerstag, dem 28. September 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	12	Jaunich (SPD)	5, 6
Duve (SPD)	19, 20	Dr. Kübler (SPD)	15, 28
Engelsberger (CDU/CSU)	8	Dr. Mecktersheimer (DIE GRÜNEN)	24, 25
Frau Ganseforth (SPD)	29, 30	Oesinghaus (SPD)	16, 17
Gansel (SPD)	9	Rossmannith (CDU/CSU)	31, 32
Gerster (Worms) (SPD)	26, 27	Scherrer (SPD)	3, 4
Hinsken (CDU/CSU)	21, 22	Stiegler (SPD)	18, 23
Dr. Hirsch (FDP)	1, 2	Frau Walz (FDP)	10, 11
Jäger (CDU/CSU)	7, 33	Wüppesahl (fraktionslos)	13, 14

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
Hält die Bundesregierung ein generelles, für das gesamte Stadtgebiet beschlossenes Verbot der Aufstellung von Parabolantennen (sogenannte Fernsehschüsseln), wie es jetzt von der Stadt Heidelberg beschlossen wurde, mit dem Grundrecht auf Informationsfreiheit gemäß Artikel 5 GG für vereinbar?
2. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
Welche rechtliche und tatsächliche Bedeutung hat für ein solches Antennenverbot das angebotene Kabelprogramm bzw. ein Angebot der Deutschen Bundespost, dem an einer Parabolantenne Interessierten unverzüglich einen Kabelanschluß zu legen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)
Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben des Bundes für Baumaßnahmen von Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen (einschließlich der Kulturbauten) seit 1983 gewesen?
4. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)
Welche Ausgaben sind in den kommenden vier Jahren vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

5. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
Hält es die Bundesregierung für mit Artikel 28 Abs. 2 GG vereinbar, wenn sich der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in dieser Eigenschaft in einem Schreiben vom 19. September 1989 an den Stadtdirektor der Stadt Ahlen wendet und von diesem eine bessere Berücksichtigung der FDP bei der Bereitstellung von Plakatständen zur Kommunalwahl fordert?
6. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
Kann die Bundesregierung ausschließen, daß weitere Wahlkampfaktivitäten für die FDP in bezug auf den nordrhein-westfälischen Wahlkampf vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft unter Ausnutzung seiner Amtsstellung und seines Apparates ausgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

7. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Gibt es Gespräche oder schon Verhandlungen der Bundesregierung mit der sowjetischen Regierung über eine gemeinschaftliche Erklärung der Ex-tunc-Nichtigkeit des verbrecherischen Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939 einschließlich seiner geheimen Zusatzprotokolle, und wie beurteilt die Bundesregierung ein solches Vorhaben, etwa im Hinblick auf den Prager Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei über das Münchner Abkommen vom 29./30. September 1938?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei knapp 2 Millionen gemeldeten Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland der Arbeitskräftemangel in verschiedenen Wirtschaftszweigen, insbesondere in der Baubranche und in der Gastronomie bzw. Hotellerie, außerordentlich hoch ist, und muß aus der Tatsache, daß viele Übersiedler aus der DDR ohne Einschaltung der Arbeitsämter sofort einen Arbeitsplatz erhalten, nicht der Schluß gezogen werden, daß das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr zeitgemäß ist und zumindest merklich gelockert werden sollte?
9. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß Aussiedler aus osteuropäischen Staaten, die die deutsche Sprache noch nicht beherrschen, vor Beginn von Sprachlehrgängen durch die Arbeitsverwaltung eine berufsorientierende Beratung erhalten können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

10. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP)
- Warum wurde in Manzanares (Spanien) die Demonstrationsanlage eines Aufwindkraftwerks vor zehn Jahren mit 10 Mio. DM aus Forschungsmitteln gebaut, die seither problemlos lief und, wie durch Messungen bestätigt, voll die mit ihr verbundenen Erwartungen erfüllte, ohne daß bisher daraus Konsequenzen gezogen wurden?

11. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Bau von solchen Aufwindkraftwerken, die erwiesenermaßen geeignet sind, die Energieprobleme der Dritten Welt in dafür geeigneten Klimazonen nachhaltig und wirtschaftlich zu verringern, zusammen mit daran interessierten Ländern zu fördern?
12. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen über die geplante Entsendung eines amerikanischen Satelliten mit Plutonium-Antrieb am 12. Oktober dieses Jahres liegen der Bundesregierung vor, und sieht sie nicht auch Handlungsbedarf, z. B. im Weltraumschuß der Vereinten Nationen, wegen der weltweiten Gefahren gegen diese Entsendung vorzugehen?
13. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ich möchte von der Bundesregierung auf Grund der Veröffentlichung der Broschüre „Atomforschung in Geesthacht – Schleichwege zur Atombombe?“ wissen, ob es zutrifft, daß die atomare Infrastruktur bei der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (GKSS) in Geesthacht militärisch nutzbar ist, so wie der frühere Forschungsminister Hauff (SPD) die bei der GKSS betriebenen „heißen Zellen“ als zentralen Bestandteil einer Infrastruktur für den Bau von Atombomben charakterisierte, also ob bei der GKSS in Geesthacht Plutonium abgetrennt wurde?
14. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Wo sind die beiden Brennelementtransporte aus der GKSS in Geesthacht, die 1987 nach Bremerhaven gehen sollten, aber in der 1987er Hafenliste Bremerhavens nicht auftauchten – es handelt sich um zwei Transporte von potentiell atomwaffenfähigen Stoffen, so daß exakt der Fall vorliegt, der im Januar 1988 im Hessischen den Verdacht auf Bruch des Atomwaffensperrvertrages hervorgerufen hatte und dem dortigen Atomskandal eine internationale Dimension verlieh –, verblieben?
15. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welche Forschungsmittel des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sind insgesamt in den Teilbereich „Spulen/Magnete“ von A: Mannheim geflossen, und ging die Bundesregierung bei der Vergabe dieser Forschungsmittel an A. davon aus, daß diese Fertigungsbereiche auch in der Bundesrepublik Deutschland verbleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordneter
Oesinghaus
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung der Forderung nachkommen, die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten für Polizeibeamte zu erhöhen? |
| 17. Abgeordneter
Oesinghaus
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bewerbungen für den Polizeidienst kaum noch den Anforderungen genügen, und gibt es Vorstellungen, die Attraktivität des Polizeidienstes zu erhöhen? |
| 18. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Trifft es zu, daß Aus- und Übersiedler ihre Deutschstämmigkeit mit dem Soldbuch der SS nachweisen können, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um zu verhindern, daß ausgerechnet die SS-Zugehörigkeit die Deutschstämmigkeit belegt? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|---|
| 19. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Kann die Bundesregierung einen Zeitpunkt benennen, zu dem ihre in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage (Drucksache 11/4945) erwähnten „eingehenden Überlegungen“ zum Thema Kultur und Steuern abgeschlossen sein werden? |
| 20. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür anführen, daß der Deutsche Bundestag bereits seit 1986 auf den eingeforderten Bericht zur Prüfung steuerpolitischer Maßnahmen für die indirekte Kunst- und Kulturförderung warten muß? |
| 21. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Wie haben sich seit der Steuerreform und den damit verbundenen Veränderungen (z. B. Wegfall von Vergünstigungen) die Steuerbegünstigungen für private Erfinder entwickelt, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls Verbesserungen für erforderlich? |
| 22. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Trägt die Erfinder-Verordnung incl. ihrer steuerlichen Aussagen der Bedeutung der für eine hoch technologisierte Gesellschaft eigenen herausragenden Bedeutung von Erfindungen in ausreichendem Umfang Rechnung? |

23. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung vorschlagen, um auf der Grundlage des kürzlich vorgelegten Gutachtens passive Schallschutzmaßnahmen am Truppenübungsplatz Grafenwöhr zu veranlassen, und werden die Vorlagen rechtzeitig für das Haushaltsjahr 1990 und die dazugehörigen Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen vorliegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

24. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die modulare Abstandswaffe Luft-Boden (MAW) als Bewaffnung auch für das Jagdflugzeug 90 vorgesehen ist, und kann die Bundesregierung mit letzter Sicherheit schon heute ausschließen, daß MAW auch in nuklearer Version für den Jäger 90 verwendet werden könnte?
25. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß die Argumentation in der jetzt herausgegebenen Informationsbroschüre des Bundesministeriums der Verteidigung mit dem Titel „Fünf Antworten zum Thema Sicherheit“ unangemessen ist, in der auf die Frage einer Bürgerin „Wozu brauchen wir eigentlich noch Verteidigung, wenn wir nicht mehr bedroht sind?“ mit dem Hinweis auf eine Kündigung der Krankenversicherung „weil wir zwanzig Jahre nicht krank waren“ geantwortet wird?
26. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Trifft es zu, daß mit Zustimmung der Bundesregierung sowjetische Inspektoren Verdachtskontrollen in amerikanischen C-Waffen-Lagern in der Pfalz durchführen dürfen, während bundesdeutschen Politikern nicht einmal die Existenz dieser Lager bestätigt, geschweige denn der Zutritt zu ihnen gestattet wird?
27. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Geheimhaltungspraxis angesichts wachsender internationaler Transparenz im Zuge der Abrüstungsverhandlungen zu überprüfen?
28. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (Az.: Z S 576/89), daß ein gerichtliches Tiefflugverbot für die Bundesluftwaffe unter 300 Metern im Bereich eines Krankenhauses im Landkreis Darmstadt-Dieburg für vorläufig vollstreckbar erklärt hat, als für sie verbindlich betrachten, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Schutz der Patienten in Krankenhäusern Vorrang vor Tiefflugübungen unter 300 Metern Flughöhe in der heutigen Phase allgemeiner Entspannung haben muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

29. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Wie hoch waren die Abschreibungen in den Zuschüssen, die die Deutsche Bundesbahn für den Nahverkehr erhielt, getrennt für Fahrzeuge und Bahnanlagen in den vergangenen fünf Jahren pro Jahr?
30. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Wie hoch waren die Investitionen in neue Fahrzeuge des Nahverkehrs in den vergangenen fünf Jahren pro Jahr?
31. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß am vergangenen Freitag, 15. September 1989, eine ganze Schicht der Düsseldorf-Flugsicherung nicht zum Dienst erschienen ist, und was hat gegebenenfalls die Bundesregierung in diesem Zusammenhang unternommen?
32. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die seit Monaten andauernden Verspätungen im deutschen Flugverkehr zu millionenfachen volkswirtschaftlichen Verlusten führen und damit insbesondere die Attraktivität des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland schädigen?
33. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung zusichern, daß ihre Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung dazu führen werden, daß die Deutsche Bundesbahn und die Österreichische Bundesbahn bis zum Inkrafttreten des Nachtfahrverbots in Österreich, das gerade süddeutsche Transportunternehmen erheblich benachteiligen wird, ein ausreichendes Angebot an Container- und Huckepack-Zügen zur Verfügung stellen können, um den Gütertransitverkehr nach Italien und nach Südosteuropa ohne nennenswerte Einschränkungen aufrechterhalten zu können?

Bonn, den 22. September 1989